

Niederschrift

über die 23. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 9. Februar 2017 (mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:25 Uhr

Unterbrechungen: 17:10 bis 17:17 Uhr

Anwesenheit: Soll: 41 **Mitglieder der Stadtvertretung**
Ist: 38 **Mitglieder der Stadtvertretung**
92,68 %

Entschuldigt fehlten: Ratsherr **D'Aniello** (fraktionslos)
Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/Grüne_Piraten)
Ratsherr **Mantseris** (B90/Grüne_Piraten)

Unentschuldigt fehlten: -

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister
Frau **Kunert**, 2. Stellvertreterin

Entschuldigt: Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter

I. Eröffnung und Begrüßung

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, eröffnet die 23. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

II. Einwohnerfragestunde

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen. Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt Ratsfrau Parlow die Einwohnerfragestunde.

III. Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
- Feststellung der Anwesenheit

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, stellt die ordnungsmäßige Einladung fest (Postausgang am 1. Februar 2017).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben (vgl. Anlage 1).

IV. Beschluss über die Niederschrift der 21. Sitzung der Stadtvertretung am 17. November 2016 und der 22. Sitzung der Stadtvertretung am 8. Dezember 2016

Abstimmung: Die Niederschrift der 21. Sitzung wird mehrheitlich bestätigt.

Abstimmung: Die Niederschrift der 22. Sitzung inklusive der Ergänzung vom 18. Januar 2017 wird mehrheitlich bestätigt.

V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

VI/646 Informationsvorlage
 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses
 und wichtige Angelegenheiten der Stadt
 Einreicher: Oberbürgermeister

Auf die Nachfrage von Ratsherrn **Münzberger** (SPD), ob entsprechend der Aussage im Punkt 2.5.4 Rathaus die Raumplanung bis Ende Januar 2017 im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung vorgelegt worden sei, antwortet Herr **Witt**, Oberbürgermeister, dass die Raumplanung erstellt, aber noch nicht mit dem Ministerium abgestimmt wurde. Grund dafür war, abzuwarten, ob und in welcher Form Variantenvergleiche von den Fraktionen gewünscht würden.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

VI. Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

In der vergangenen Woche habe die 5. Beiratssitzung Rathaussanierung stattgefunden, informiert Herr **Witt**, Oberbürgermeister. Das Protokoll der Projektsteuerungsgruppe und die zugesagten Unterlagen stehen im Ratsinformationssystem zur Verfügung. Er bittet um Übergabe der durch die Fraktionen gewünschten Varianten, die verglichen werden sollen. Die Aufbereitung wird einen gewissen Zeitrahmen in Anspruch nehmen. Es sei davon auszugehen, dass mehrere Monate Verzug in Kauf genommen werden müssten, da ja auch eine neue Beschlussituation vorzubereiten wäre.

Weiter informiert Herr **Witt**, dass auch der B 96-Beirat getagt habe. Grundanliegen dieses Beirats sei es, die B 96 von der A 10 bis zur A 20 auszubauen. Wie bekannt, sei die Ortsumgehung Neubrandenburg nur im 1. Bauabschnitt berücksichtigt, der 2. und 3. Bauabschnitt seien nicht im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030. Das stelle Neubrandenburg vor Herausforderungen. Am Knotenpunkt, an dem der 1. Bauabschnitt auf die ehemalige Hochstraße trifft, solle der Verkehr dann nach Vorstellung des Bundesministeriums nach Osten und Norden über die A 20 abgeleitet werden. Es sei davon auszugehen, dass das den innerstädtischen Verkehr in Richtung Norden

belasten werde und insbesondere die Sponholzer Straße betroffen sein wird. Daher werde die Sponholzer Straße noch einmal analysiert und überplant. Bis Ende des Jahres erfolge die Information über die Planungsergebnisse. Fördermöglichkeiten werden mit dem Landesministerium abgestimmt.

Aufgrund der Medienberichte zur Videoüberwachung in der Landeshauptstadt, wurde durch die Verwaltung eine Pro- und Kontraliste mit Argumenten für bzw. gegen eine Videoüberwachung auf dem Marktplatz erstellt, so Herr **Witt**. Diese Aufstellung verdeutliche, dass sowohl die objektive, als auch die subjektive Sicherheit am Standort Marktplatz nicht beeinträchtigt sei und der Marktplatz bei weniger als zehn Vorfällen im Jahr kein Kriminalitäts-Hotspot sei. Insofern sei nach Meinung der Verwaltung eine Videoüberwachung nicht gerechtfertigt. Die Aufstellung ist im Ratsinformationssystem abrufbar.

Bezüglich der Novelle zum Finanzausgleichsgesetz, die zum 1. Januar 2018 in Kraft treten soll, führt Herr **Witt** aus, dass es hierzu noch immer keinen „Fahrplan“ von Seiten des Landes gibt. Das zuständige Ministerium sei noch einmal durch den Städte- und Gemeindetag angeschrieben worden und um zeitnahe Informationen sowohl zum Zeitplan als auch dazu, wie die Verteilung der Mittel vorgesehen ist, gebeten worden.

Des Weiteren lädt Herr **Witt** alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie vor allem auch Vertreter aus der Immobilien- und Finanzwirtschaft zu einem Forum Stadtentwicklung am 25. April 2017 um 18 Uhr in den Ratssaal ein. Insbesondere solle der Wohnungsbau in den nächsten Jahrzehnten thematisiert werden.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) übergibt drei Alternativen zur Rathaussanierung sowie eine Reihe von Prüfaufträgen und Fragen der CDU-Fraktion an Herrn Witt.

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) bezieht sich auf die hohe Unfallgefahr für Kinder beim Betreten von zugefrorenen Eisflächen und fragt, ob die Möglichkeit besteht, das Eislaufzelt der Stadtwerke bis zum Ende der Winterferien auf dem Marktplatz zu betreiben?

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachennummer VI/652.

Auf die Frage von Ratsfrau **Bittkau**, ob im Zusammenhang mit der Bahnhofsumfeldgestaltung auch Toiletten vorgesehen seien, antwortet Herr **Witt**, dass bei der Planung des Bahnhofsvorplatzes eine Einordnung eines WC stattfinden wird.

VII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, teilt mit, dass ein Antrag des NDR-Fernsehteam auf Drehgenehmigung zum TOP 2 vorliegt und stellt entsprechend § 7 der Geschäftsordnung die Nichtöffentlichkeit her, damit über die Filmaufnahmen abgestimmt werden kann.

Nach erfolgter Abstimmung stellt sie die Öffentlichkeit wieder her und informiert, dass der NDR zum TOP 2 die Drehgenehmigung erhält.

Zur übergebenen Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, bittet je ein Änderungsblatt nachzutragen zum

TOP 15 VI/624 Anmietung eines Gewerbegrundstückes für den städtischen Bauhof

Des Weiteren schlägt sie vor, **TOP 3 und 4** in verbundener Aussprache zu behandeln.

Zu den **TOP 12 und TOP 14** liegen Anträge auf Rederecht für die Herren **Meyer, Häusler und Steiner** von den Stadtwerken vor.

Abstimmung über das Rederecht: Dem Rederecht wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

VIII. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 1 VI/641 Änderung des Beschlusses Nr. 07/01/14
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der beratenden Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V
hier: Wahl eines Mitgliedes eines stellvertretenden Mitgliedes in den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 419/23/17

TOP 2 VI/639 Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2016 bis 2027
Einreicher: Oberbürgermeister
1 Änderungs- Einreicher: Fraktion DIE LINKE
antrag CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion B90/Grüne_Piraten

Voten:

Finanzausschuss:	9 Dafürstimmen
Betriebsausschuss:	einstimmig dafür
Stadtentwicklungs- u. Umweltausschuss:	7 Dafürstimmen, 4 Stimmenthaltungen
Kulturausschuss:	7 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung
Ausschuss für Generationen, Bildung u. Sport:	7 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung

Um den Beschlussgegenstand zu verdeutlichen, gibt Herr **Meyer zu Schlochtern**, Leiter Recht und Vergaben, einen mit dem Innenministerium abgestimmten Sprechzettel zu Protokoll:

Sehr geehrte Ratsfrauen,
sehr geehrter Ratsherren,

durch den Tagesordnungspunkt 2 mit der Drucksachenummer VI/639 soll nunmehr ein neuer, den ursprünglichen Beschluss aus der Sitzung vom 17. November 2016 mit der Drucksachenummer VI/563 und der Beschlussnummer 383/21/16 überholender Beschluss gefasst werden:

Gegenstand der heutigen Beschlussfassung ist die Ausgangsbeschlussvorlage vom 17. November 2016 mit sämtlichen beschlossenen – widersprochenen und unwidersprochenen – Änderungsblättern und –anträgen. Es handelt sich somit gleichsam um die Fassung des Haushaltssicherungskonzepts für den Zeitraum von 2016–2027 in der Gestalt nach Beschlussfassung der Stadtvertretung am 17. November 2016.

Eine Maßnahmenübersicht betreffend sämtlicher am 17. November 2016 beschlossener Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept (inklusive sämtlicher beschlossener widersprochener und unwidersprochener Änderungsblätter und –anträge) wurde den Fraktionsvorsitzenden und den Geschäftsstellen elektronisch mit E-Mail vom 21. Dezember 2016 zur Verfügung gestellt.

Ihnen liegen daher die Ausgangsbeschlussvorlage vom 17. November 2016 und sämtliche Änderungsblätter und –anträge der Verwaltung und der Fraktionen in der seinerzeitigen Beschlussfassung vor. Durch den heutigen Beschluss über dieses Haushaltssicherungskonzept in der der Gestalt der Beschlussfassung vom 17. November 2016 und unter Berücksichtigung des heute zu beschließenden Änderungsantrages sollen die Änderungsanträge vom 17. November 2016, die ausdrücklich Gegenstand des Widerspruchs vom 29. November 2016 und der Beanstandung vom 21. Dezember 2016 waren, auf eine solche Weise neu gefasst werden, dass keine Rechtmäßigkeitsbedenken mehr bestehen.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) geht auf den Inhalt des Änderungsantrages ein und betont, dass dieser durch alle Fraktionen getragen werde. Er bedauere, dass die konstruktive Diskussion erst jetzt geführt worden sei. Diese hätte bevor das HSK das erste Mal zur Abstimmung stand erfolgen müssen. Insbesondere die Art und Weise des Handelns zwischen Stadtvertretung, Stadtverwaltung und Oberbürgermeister sei kritikwürdig. Sofern bei inhaltlichen Vorgaben, die durch die Stadtvertreter kommen, rechtliche Bedenken durch die Verwaltung gesehen werden, erwarte er einen Vorabdialog, keine umfänglichen Widersprüche oder Beanstandungen. Er hoffe, dass für die Zukunft Lehren daraus gezogen werden und man mit- und nicht gegeneinander arbeite. Das HSK in seiner Gesamtheit bekäme aber seitens der Fraktion DIE LINKE keine Zustimmung, da der Wohnungsverkauf zur kurzfristigen Tilgung für falsch gehalten werde.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) betont, dass zur Pflicht, die Zukunft zu gestalten, die Verantwortung gehöre, die Schulden der Stadt in absehbarer Zeit abzubauen. Dazu müsse mit dem HSK eine grundlegende Entscheidung gefällt werden. Es seien viele umfangreiche Verhandlungen und Gespräche geführt worden – mit dem Innenministerium, mit Sachverständigen von der Unternehmensberatung, mit der Verwaltung, den Fraktionen und auch mit Bürgerinnen und Bürgern. Es gab kreative Vorschläge in der Stadtvertretung und es gab Beanstandungen des Oberbürgermeisters, die aus Sicht der SPD-Fraktion in diesem Maße nicht nötig gewesen wären. Zu Jahresbeginn habe man aber zusammen gefunden und das sei das Wichtigste. Mit dem vorliegenden Kompromiss sei davon auszugehen, dass die Mehrheit der Ratsfrauen und Ratsherren ihre Zustimmung geben wird und auch der Oberbürgermeister nicht beanstanden muss. Politik heiße eben nicht „den Kopf in den Sand stecken“, sondern Politik heiße gestalten und eventuell auch mal nachjustieren, wenn es nötig sei. Aus Sicht der SPD-Fraktion gebe es zur vorliegenden Haushaltskonsolidierung keine vernünftige Alternative.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) bezieht sich auf die in der Kommunalverfassung MV definierte Rolle der Stadtvertretung als oberstes Willensbildungs- und Beschlussorgan der Stadt. Die 41 Ratsfrauen und Ratsherren, die im Juni 2014 durch die Bürgerinnen und Bürger als ihre Interessenvertreter gewählt wurden, engagierten sich ehrenamtlich in ihrer Freizeit zum Wohle der Stadt. Das zeitliche Budget, dass dabei in der Ausschuss- und Fraktionsarbeit aufgebracht würde, um sich fachlich und sachdienlich kundig zu machen und

unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen schließlich in den Sitzungen der Stadtvertretung zu Entscheidungen zu kommen, sei immens. Insofern könne davon ausgegangen werden, dass die Stadtvertretung trotz ihrer Vielfalt und Heterogenität grundsätzlich gern auf Zuarbeiten der Verwaltung zurückgreife und diese aufnehme. Denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und des Immobilienmanagements der Stadt Neubrandenburg seien fachlich und arbeitszeitmäßig anders aufgestellt als die ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtvertretung. Neben Entscheidungen, die der öffentlichen Verwaltung in eigener Verantwortung obliegen, sei es auch Aufgabe der Mitarbeiter, jene Angelegenheiten aufzubereiten, die aufgrund ihrer Wichtigkeit durch die Stadtvertretung zu entscheiden sind. Zu diesen wichtigen Angelegenheiten gehöre nicht nur die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan, sondern eben auch das HSK 2016 bis 2027, über das heute in dritter Lesung zu beraten sei.

Wenn sich jeder in diesem Rollenverständnis begreife und den anderen zukünftig mehr respektiere, wären keine drei Lesungen für ein Konzept, wie im Falle des HSK, dessen zahlenmäßiges Ergebnis ja alle gemeinsam gewollt und angestrebt hätten, nötig. Ratsfrau Dr. Kuhk sei froh, dass nunmehr eine abgestimmte Lösung zum Wohle der Stadt Neubrandenburg gefunden wurde.

Die Fraktion B90/Grüne_Piraten wäre froh, wenn es endlich gelingen würde, den 10-Jahres-Sparplan HSK auf den Weg zu bringen, so Ratsfrau **Richter** (B90/Grüne_Piraten). Auch sie betont, dass aus dem langen Entscheidungsprozess Lehren bezüglich eines respektvollen und verlässlichen Umgangs zwischen Vertretung und Verwaltung gezogen werden sollten. Das zu beschließende HSK ebne den Weg zum Ziel, die Stadt Neubrandenburg ohne Spardiktat entwickeln zu können. Ratsfrau Richter freue sich auf die zukünftigen Möglichkeiten, Gestaltungsideen entwickeln zu können und nicht gleich alles aufgrund der Haushaltslage beschneiden zu müssen.

Ratsherr **Stieber** (SPD) beantragt im Namen der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung.

Es sei gut, dass nunmehr eine gemeinsame Lösung für das Haushaltssicherungskonzept in Aussicht steht, so Herr **Witt**, Oberbürgermeister. Oft sei in diesem langen Entscheidungsprozess das Wort Respekt gefallen. Basis für gegenseitigen Respekt sei ab und zu einmal ein Perspektivwechsel, um sich der eigenen Wirkung bewusst zu werden. Aussagen, die im Zusammenhang mit dem HSK zu respektlosem Verhalten der Verwaltung und durch ihn in Rede standen, hätten ihn überrascht. In der Sitzung der Stadtvertretung im November hätte er ausgeführt, wie umfangreich – sowohl zeitlich, als auch inhaltlich – durch Stadtvertretung und -verwaltung zusammengearbeitet worden war. Die in der Sitzung aufgetretenen Dissenspunkte, wären inhaltlich und vor allem direkt zu klären gewesen. Nach dieser Beschlussituation blieb aber als formaler und einzig gangbarer Weg nur der Widerspruch, an dessen Notwendigkeit, wie später aus dem Schreiben der Kommunalaufsicht ersichtlich, zumindest in zwei Punkten, kein Zweifel bestand.

In dieser Situation miteinander das Gespräch zu suchen, verlange eine gewisse Demut auf beiden Seiten. Seitens der Verwaltung nehme er aus der Situation um das HSK mit, dass sich die Ratsfrauen und Ratsherren über die Ausschüsse und die Lenkungsgruppe hinausgehende Zusammenarbeit gewünscht hätten. Am Beispiel der Rathaussanierung würde derzeit zu erleben sein, dass sich die Verwaltung nicht gegen umfangreiche und offene Auseinandersetzung wehre. Denn auch in Punkto Rathaussanierung habe er nunmehr gelernt, dass das, was beschlossen und in Gremien diskutiert sowie protokolliert worden sei, noch nicht als offene Kommunikation gelte. Er bedanke sich für die Kritik und hoffe, dass der konstruktive Dialog weitergehe. Demut bedeute aber auch, sich nicht hinter eigenen Argumenten zu verstecken. Auf das HSK bezogen war oft die Rede davon, dass die Verwaltung die Änderungsanträge der Fraktionen als politische Willensbekundung verstehen solle. Trotzdem solle dabei aber aus seiner Sicht auch die Fachlichkeit der Mitarbeiter geschätzt werden. Auch die Art und Weise der seit Novem-

ber erfolgten Kommunikation über das HSK habe ihn gewundert, so Herr Witt. Seinerseits sei in keinem Medium eine negative oder beurteilende Wertung der demokratisch legitimierten Entscheidung der Stadtvertreter erfolgt. Er wisse nicht, zu welchem Inhalt gekommen werden solle, wenn über die Medien kommuniziert würde. Es habe ihn schon verwundert, dass gerade versandte Mails den Weg zum Nordkurier gefunden hätten und dann auch noch falsch wiedergegeben wurden.

Mit den neuen Kommunikationsformen, ob Bürgersprechstunden oder Facebook bzw. die neue Homepage, habe sich die Verwaltung weit geöffnet und das werde auch weiter geschehen. Neue Diskussionsforen, wie vorhin angekündigt, sollen die Ziele Stadtidentifikation und Stadtentwicklung weiter voran bringen. Grundsätzlich stellt er fest, dass mit den Wahlergebnissen der Stadtvertretung im Juni 2014 und seiner Wahl im März 2015 durch die Bürgerinnen und Bürger demokratisch legitimierte Tatsachen geschaffen wurden. Dieser Wählerwille müsse akzeptiert und damit gearbeitet werden. Als Oberbürgermeister sehe er seine Aufgabe darin, in diesem Parteiengefüge zu vermitteln und selbstverständlich auch eigene Zielrichtungen zu definieren. Das gemeinsame Ziel der Haushaltskonsolidierung sei es, Schulden – auch mit Hilfe des Landes – abzubauen und mehr Geld für Investitionen in die Zukunft zu haben. Es gehe darum, die Stadt nach vorn zu entwickeln, ohne die finanzielle Last der Vergangenheit tragen zu müssen. Dieses Ziel solle nicht aus den Augen verloren werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 1 (Einreicher alle Fraktionen)

Abstimmung: Der Änderungsantrag wird angenommen.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird in namentlicher Abstimmung mit 27 Dafürstimmen, 5 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen bestätigt.
(Anlage 2)

Beschlusnummer: 420/23/17

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 3	VI/561	Doppischer Haushaltsplan 2017
	2. Lesung	Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen
	4 Änderungsblätter	Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt
		Band 2 Stellenplan
		Band 3 Wirtschaftliche Unternehmen
	Einreicher:	Oberbürgermeister

Voten:

Finanzausschuss:	9 Dafürstimmen
Betriebsausschuss:	einstimmig dafür
Stadtentwicklungs- u. Umweltausschuss:	7 Dafürstimmen, 4 Stimmenthaltungen
Kulturausschuss:	7 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung
Ausschuss für Generationen, Bildung u. Sport:	7 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, bittet, im 4. Änderungsblatt einen Schreibfehler im 1. Satz zu korrigieren. Korrekt muss es heißen: „Der mit dem 3. Änderungsblatt eingefügte Beschlusspunkt 3. sowie die dazugehörige Begründung werden gestrichen.“

Nach mehreren Jahren des jahresbezogenen Haushaltsausgleiches, weise der vorliegende Haushalt 2017 einen notwendigen Überschuss zur Tilgung der Altschulden im Haus-

haltsplan aus, so Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU). Um die Festlegungen aus der Konsolidierungsvereinbarung zu erfüllen, würden jedoch weitere Einsparungen notwendig sein, die mit dem nunmehr beschlossenen Haushaltssicherungskonzept erreicht werden können. Das sei auch in diesem und den kommenden Jahren mit Sparanstrengungen verbunden. Neben der Notwendigkeit, die gesteckten Haushaltsziele in den nächsten Jahren regelmäßig zu erreichen, dürfe aber nicht vergessen werden, Dinge zu finanzieren, die die Stadt erst lebens- und liebenswert machen. In Erwartung dieser Ausgewogenheit, sowohl in diesem als auch in den kommenden Haushalten, gebe die CDU-Fraktion die Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf. Einschränkend fügt Ratsfrau Dr. Kuhk an, dass die im Haushaltsentwurf geplanten Finanzen zur Rathaussanierung mit dem heutigen Beschluss keine Zusage zur bisherigen Planung bedeuten. Derzeit werde sich in einem neuen Abstimmungsprozess befunden. Im Ergebnis dessen werde eine endgültige Festlegung zum Bauvorhaben Rathaus inklusive der aufzuwendenden Mittel erwartet. Da dieser Prozess jedoch nicht vor März abgeschlossen sein wird, der Haushalt 2017 aber auf den Weg gebracht werden soll, hätte sich die CDU-Fraktion für einen Kompromiss entschieden: Zustimmung zum Haushaltsentwurf 2017 unter Anmerkung, dass die Abstimmung zum Bauvorhaben Rathaus noch nicht zum Abschluss gebracht sei. Im Ergebnis der Abstimmung werde dann ggf. eine neue Planung erforderlich sein, die sich auch auf die Haushaltsmittel des laufenden und der folgenden Jahre auswirke.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) betont, dass die Fraktion DIE LINKE sehr froh über die vorliegende Haushaltsplanung sei. Sofern sich wieder der Trend aufzeige, dass die Jahresabschlüsse besser als geplant ausfallen, seien hier schon Realisierungsmöglichkeiten zusätzlich zum Planansatz zu sehen. Zur Rathaussanierung als Bestandteil des Haushaltsplanes habe die Fraktion Klärungsbedarf. Deswegen übergibt er einen Fragenkatalog an den Oberbürgermeister. Wenn sich hier auf eine Verfahrensweise geeinigt worden sei, würde auch die Fraktion DIE LINKE der Haushaltsplanung zustimmen. Er betont, dass es jetzt nach jahrelangem Sparen auch darum gehe, die Stadt Neubrandenburg bunt zu halten. Das bedeute auch, Vereine und Verbände mit den dann in der Haushaltsplanung zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) betont, dass dem vorliegenden Haushalt viele Diskussionen und Engagement voraus gegangen waren. Der SPD-Fraktion ginge es auch darum, dass das Sparprogramm nicht zu sehr zu Einschränkungen führe. Sicherlich werde es nicht einfach werden. Die Fraktion werde sich auch in Zukunft für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Wie vorhin angedeutet, müsse im Einzelfall eventuell auch mal nachjustiert werden. Grundsätzlich könne die SPD-Fraktion dem vorliegenden Haushalt zustimmen. Hinsichtlich der Rathaussanierung werde Wert darauf gelegt festzuhalten, dass es sich im Moment um Planzahlen handle. Vorbehaltlich der noch offenen Entscheidungen müsse im Zweifel neu darüber nachgedacht werden.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, unterbreitet in Anknüpfung an die Statements und auch an die Diskussion im Beirat Rathaussanierung folgenden Beschlussvorschlag:

„Die Ansätze zur Rathaussanierung im Ergebnis- und ordentlichen Finanzhaushalt sowie im Investitionshaushalt werden aus den jeweiligen Deckungskreisen herausgenommen und mit einem Zweckbindungsvermerk versehen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nur noch Zahlungen für bereits beauftragte Leistungen zur Zahlung anzuweisen. Ausschließlich die für die Vorbereitung der Entscheidung der Stadtvertretung erforderlichen Leistungen dürfen beauftragt werden. Im Zusammenhang mit der Entscheidung über das weitere Vorgehen zur Rathaussanierung wird über den Umgang mit den betroffenen Haushaltsansätzen erneut entschieden.“

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Kowalick** (DIE LINKE), wo die in dieses Jahr verschobene

Beschlusnummer: 424/23/17

- TOP 7** **VI/626** 3. Änderung der "Förderrichtlinie zur Sportstättennutzung in der Stadt
2 Änderungs- Neubrandenburg"
blätter Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Finanzausschuss: 8 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung
Ausschuss für Generationen, Bildung u. Sport: 8 Dafürstimmen; 2 Gegenstimmen

Auf Nachfrage von Ratsfrau **Schewe** (SPD), bezüglich der Formulierung „drohende Zahlungsunfähigkeit“ im 1. Änderungsblatt, antwortet Herr **Witt**, Oberbürgermeister, dass damit keine drohende Zahlungsunfähigkeit im Sinne von Insolvenz gemeint sei.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 425/23/17

- TOP 8** **VI/619** Bebauungsplan Nr. 21 "Warliner Straße", 2. Änderung und Teilaufhebung
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Stadtentwicklungs- u. Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 426/23/17

- TOP 9** **VI/627** vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 3
"Neustrelitzer Straße/Badeweg", 5. Änderung
hier: Einleitungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird abgelehnt.

- TOP 10** **VI/629** Antrag auf Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den Standort "Broda-Seestraße/Weitiner Straße"
hier: Prüfung und Beschluss zur Ablehnung des Antrags
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Stadtentwicklungs- u. Umweltausschuss: 8 Dafürstimmen, 2 Stimmenthaltungen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 427/23/17

TOP 11 **VI/620** Sanierungsmaßnahme "Nordstadt-Ihlenfelder Vorstadt" Neubrandenburg
Program "Die Soziale Stadt"
3. Fortschreibung Integriertes Handlungskonzept (IHK)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Stadtentwicklungs- u. Umweltausschuss: 11 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 428/23/17

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 17:25 Uhr geschlossen.

Irina Parlow
Stadtpräsidentin

Doris Gartz
stellvertretende Stadtpräsidentin

Andrea Hänsch
Protokollantin